Die neue, doppelt gekrümmte Bogenstaumauer wird unmittelbar vor der bestehenden Mauer erstellt.

Grimsel

Alte Talsperre bleibt stehen

Im Juni beginnt auf der Berner Seite des Grimselpasses der Bau einer neuen, 113 Meter hohen Staumauer. Die Kraftwerke Oberhasli (KWO) AG ersetzen damit eine bestehende Talsperre aus dem Jahr 1932, die irreversible Verformungen aufweist. Investiert werden rund 125 Millionen Franken, wie das Unternehmen mitteilt. Die KWO AG gehört zur Hälfte der BKW AG und zu je einem Sechstel Energie Wasser Bern, den Elektrizitätswerken der Stadt Zürich und den Industriellen Werken Basel.

Die neue Staumauer wird den Namen Spitallammsperre tragen – wie jene, die ersetzt werden muss. Diese wird nicht etwa abgebrochen, sondern stehen gelassen. Die neue, doppelt gekrümmte Bogenstaumauer wird unmittelbar vor der bestehenden Mauer erstellt. Es sei wirtschaftlich und technisch besser, eine neue Mauer hochzuziehen und die alte stehen zu lassen, als letztere teilweise abzubrechen und zu sanieren, erklärt die KWO AG.

Das neue Bauwerk biete die Möglichkeit, in einer späteren Phase zur Vergrösserung des Grimselsees erhöht werden zu können. Ein Stollen neben der alten Mauer wird künftig dafür sorgen, dass auf beiden Seiten der alten Spitallammsperre das Wasser gleich hoch steht. Die Bauarbeiten dürften sechs Jahre dauern. Sie finden vor allem in den Sommermonaten statt.

Der Baukonzern Implenia hat zusammen mit der Frutiger AG und der Ghelma AG Baubetriebe den Auftrag erhalten, die neue Staumauer zu bauen. Die Federführung liegt bei der Frutiger AG. Implenia sei mit 42,5 Prozent an der Arbeitsgemeinschaft Arge Grimsel beteiligt, teilt der grösste Schweizer Baukonzern mit. *(awp sda / bb)*

Vom Krieg und der Denkmalpflege

Kolumne

Franziska Bürki ist Geschäftsführerin von Entwicklung Schweiz. Diese vertritt Unternehmen, die Gesamtleistungen in der Entwicklung, Planung und Realisierung von Bau- und Immobilienprojekten anbieten.

Gott schütze mich vor Staub und Schmutz; vor Feuer, Krieg und Denkmalschutz.» So ist es in einer Gotikschrift an die Hauswand der Kneipe «zum General» in Bamberg DE gemalt, der Besitzer hat sich hier scheinbar ein Spässchen erlaubt. Oder nur vielleicht scheinbar? Gerade die aktuelle politische Debatte in der Schweiz zur Frage, wie man Siedlungsentwicklung nach innen (Verdichtung) und Denkmalschutz unter einen Hut bringen kann, zeigt, wie ernst das Thema ist. Denkmalpfleger würden hier einwenden, dass die Vereinbarkeit kein Problem sei, «wenn man denn nur wolle». Doch die Realität ist komplexer.

Nostalgie und Traditionsbewusstsein liegen irgendwie in der Natur des Menschen. Risikoaversion war evolutionsbedingt eine gute Überlebensstrategie und scheint in unsere Gene geschrieben zu sein. Wer ein gutes Leben führt, empfindet Veränderung als Bedrohung. Wenn überhaupt, wird sie meist nur widerwillig akzeptiert, aber später – das muss hier betont sein – nicht selten sogar als Fortschritt gelobt. So ist auch der Wert von insbesondere historischen Altstadtteilen und einzigartigen Denkmälern nicht nur Baukulturbegeisterten, sondern auch der breiten Bevölkerung wichtig. Baukultur stellt also ein öffentliches Interesse dar.

Kollidiert das öffentliche Interesse an Baukultur jedoch mit anderen öffentlichen Interessen, verändert sich die Wahrnehmung der Bevölkerung. Effizient von A nach B kommen, energetisch sanieren, mit Ressourcen schonend umgehen sowie die alltäglichen Ansprüche an ein behagliches Wohnen, an zeitgemässe Arbeitsplätze und an eine attraktive Umgebung sind ebenso wichtige Bedürfnisse. Wenn von Nachhaltigkeit und von Fortschritt die Rede sein will, müssen zwingend alle unterschiedlichen Interessen berücksichtigt und gegeneinander abgewogen werden. Es braucht also weit mehr als einfach «den guten Willen» des Bauherrn. Es braucht grundsätzliche Akzeptanz der vielseitigen Interessen, es braucht echte Kompromissbereitschaft. Leider kommt es aber immer wieder vor, dass zuständige Fachstellen oder Interessengruppen nicht bereit sind, ihre Interessen frühzeitig und vor allem verbindlich einzubringen, weil sie sich die Möglichkeit auf spätere Rekurse offenhalten wollen.

Dieses unkooperative Verhalten führt dazu, dass im späteren Prozess aufgrund von Partikularinteressen Einsprachen getätigt werden und Inventare wie beispielsweise das Isos (schützenswerte Ortsbilder) dafür instrumentalisiert werden. Mit welchem Resultat? In den Gutachten der Fachkommissionen und später vor den Gerichten haben alle anderen Interessen, die frühzeitig eingebracht worden sind, oft das Nachsehen. Das Gewohnte und Bestehende erhält Zuspruch, das Fortschrittliche und Moderne muss weichen. Das darf nicht sein, es besteht dringender Handlungsbedarf. Die politische Debatte läuft. ■

Entwicklung Schweiz
Développement Suisse

Immobilien

Betongold lockt Investoren

Investitionen in Schweizer Immobilien haben sich auch 2018 ausbezahlt. Mit einem Plus von 6,1 Prozent stieg der Schweizer Immobilien-Index auch 2018 im Ausmass des langjährigen Durchschnitts an. Nicht umsonst werden Immobilien als Wertanlagen auch Betongold genannt.

Im Vorjahr betrug das Plus 5,8 Prozent und über die vergangenen zehn Jahre 6,2 Prozent, teilen der Immobiliendienstleister Wüest Partner und der Fondsanbieter MSCI mit. Am Schweizer Aktienmarkt haben Anleger im Vergleich dazu rund zehn Prozent verloren. MSCI analysierte dafür 39 Portfolios mit rund 3500 Objekten mit einem Marktwert von 97,7 Milliarden Franken per Ende 2018. Von diesen Objekten hätten 77 Prozent im vergangenen Jahr eine höhere, 21 Prozent eine niedrigere und zwei Prozent eine stabile Bewertung aufgewiesen. Die Schweiz hinkt damit anderen Ländern hinterher. So betrug die Wertsteigerung in den Niederlanden 14,4 Prozent, in Schweden 10,6 und in Norwegen 7,7 Prozent.

Neue Grossüberbauung: Europaallee in Zürich.

Wie meistens in den vergangenen Jahren entwickelte sich in der Schweiz der Wohnbereich mit knapp sieben Prozent am besten. Zweitstärkster Sektor mit einer Performance von 6,8 Prozent waren Büros, gefolgt von der Industrie mit 5,2 Prozent. Mit einem Plus von 3,4 Prozent liegt der Bereich Detailhandel deutlich abgeschlagen.

Ob es im laufenden Jahr auf dem gleichen Niveau weitergeht, wird sich zeigen. Ein Grossteil des Anstiegs ist nämlich auf den Rückgang des Diskontsatzes und damit auf Bewertungsgewinne zurückzuführen. *(sda / bb)*

Meyer Burger mit neuem Partner

Der Solartechniker Meyer Burger hat einen Partner für die Entwicklung von Solarzellen der nächsten Generation gefunden. Er hat mit der britischen Oxford PV einen Kooperationsvertrag unterschrieben. Dazu beteiligt sich Meyer Burger an der Firma und nimmt dafür neues Kapital auf. *(awp sda)*

V-Zug: Metall Zug prüft Börsengang

Die Industriegruppe Metall Zug plant einen tiefgreifenden Umbau und eine Verselbstständigung von Geschäftsbereichen. So könnte die Sparte Haushaltsapparate V-Zug an die Börse gebracht werden. Die Transformation des Unternehmens soll über mehrere Jahre vollzogen werden. Konkret plant die Gruppe, sich bei gewissen Beteiligungen auf die Rolle des strategischen Ankeraktionärs zurückzuziehen. *(awp sda)*

Sondierbohrungen für Bypass

Das Bundesamt für Strassen (Astra) erkundet den geologischen Untergrund in Luzern, wo dereinst der Umfahrungstunnel des Strassenprojekts Bypass durchführen soll. Vorerst werden Sondierbohrungen in rund 50 Metern Tiefe ab einem Ponton in der Reuss vorgenommen. *(sda)*

Altes Studioareal in Basel

SRG wehrt sich gegen Residenzpflicht

Eine vom baselstädtischen Grossen Rat beschlossene Wohnsitzpflicht für die am alten Radiostudiostandort auf dem Bruderholz geplanten Neubauten wird angefochten: Die SRG Region Basel hat einen Rekurs gegen diese Einschränkung der Neunutzung eingereicht. Der Grosse Rat hatte am 13. Februar für die geplante Wohnüberbauung am alten Studiostandort eine Zonenänderung und einen Bebauungsplan oppositionslos bewilligt. Entstehen sollen dort 48 Wohnungen mit Grünraum, wenn das Studio umgezogen ist. Radio und Fernsehen zügeln ab Mai ins Meret Oppenheim-Haus auf der Südseite des Bahnhofs SBB.

Bilder: Morger Partner Architekten / Ben Kron / KWO, David Ormerod / Redaktion: Stefan Gyr

Das Siegerprojekt für die neue Wohnüberbauung am bisherigen SRG-Standort auf dem Basler Bruderholz.

Der Grosse Rat hatte für den Fall, dass Eigentumswohnungen entstehen, eine Residenzpflicht für Käufer in die Vorlage aufgenommen. So soll der dort erwartete hochwertige Wohnraum guten Steuerzahlern zur Verfügung stehen. Diese Residenzpflicht ist nun aber der SRG ein Dorn im Auge. Sie fühlt sich unfair eingeschränkt und ficht den Parlamentsentscheid an. Die SRG Region Basel ist eine der sechs Mitgliedgesellschaften der SRG Deutschschweiz und somit Teil der Trägerschaft der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR).

Das heutige SRF-Studio auf dem Bruderholz-Hügel war 1940 gebaut und später erweitert worden. Das Grundstück an der Novarastrasse soll gemäss früheren Angaben einen «anhaltenden, marktkonformen Ertrag» einbringen. Dieser soll den Betrieb der SRG Region Basel sichern und zudem den Projektbetrag an den neuen Basler Studiostandort decken. *(sda / bb)*